

Protokolleintrag vom 27.01.2010

2010/55

Erklärung der FDP-Fraktion vom 27.01.2010: Gemeinnütziger Wohnungsbau

Namens der FDP-Fraktion verliest Michael Baumer (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Zusätzliche Wohnungen bauen statt verhindern und umverteilen:

Die erfreulich hohe Attraktivität und Anziehungskraft unserer Stadt führt zu einem angespannten Wohnungsmarkt, vor allem in den begehrten Quartieren. Die FDP setzt sich seit Jahren dafür ein, dass Hindernisse für den Wohnungsbau abgebaut werden und so neuer Wohnraum geschaffen wird. Deshalb hat sie auch die Initiative: „Umweltschutz statt Vorschriften“ lanciert, die auf hohen Zuspruch in der gesamten Bevölkerung stösst.

Die FDP hat sich bereits im Rahmen der BZO 1999 für vermehrten Wohnungsbau eingesetzt.

Letzte Woche hat sie eine Motion zur aktuellen Bau- und Zonenordnung eingereicht, für die wir Dringlichkeit beantragen. Die Motion soll ermöglichen, mittels verdichtetem Bauen und Aufzonierungen zusätzlich 20'000 Wohnungen und Gewerberäume zu erstellen. So liessen sich durch eine Änderung BZO viele Dachstöcke ausbauen. Heute wird der Ausbau von Dachgeschossen sehr rigide gehandhabt bzw. in der Regel ist die Nutzung der Dachgeschosse verboten. Dies macht keinen Sinn und gehört geändert: Der Ausbau der Dachgeschosse muss erlaubt werden. Viele neue Wohnungen könnten so entstehen, ohne dass ein einziges Gebäude neu gebaut werden müsste. Und mehr Gewerberäume in der Stadt Zürich bedeuten kürzere Arbeitswege, sichern Arbeitsplätze und unterstützen die Forderung nach Nachhaltigkeit.

Rot-Grün hat in den letzten Jahren leider bei jeder sich bietenden Gelegenheit den Bau von neuem Wohnraum zu verhindern versucht. So waren die Grünen gegen die Umzonung Kronenwiese, die AL gegen den Stadtraum HB, und die SP will den Gestaltungsplan Manegg abschiessen und so 800 Wohnungen für den Mittelstand verhindern. Insgesamt sind in der Stadt Zürich 4000 baureife Wohnungen durch Einsprachen blockiert!

Die Umverteilungspolitik der Linken bringt nichts. Im Gegenteil: durch den Aufkauf von Wohnungen in Trendgebieten durch die Stadt werden Wohnungen auf dem privaten Wohnungsmarkt verteuert die Stadt auf dem privaten Wohnungsmarkt, was zu höheren Mieten führt.

Die FDP traut der Privatinitiative Lösungen für das Wohnungsproblem zu und bietet mit der geforderten Änderung der BZO für zusätzliche 20'000 Wohnungen einen visionären Wurf, den unsere schöne Stadt Zürich wahrlich verdient.